

Die Anhaltische Zeitung

Landeszeitung für die Provinz Sachsen

für Anhalt und Thüringen

Morgen-Ausgabe

Bezugspreis: vom 1.-14. 2 1/2 Ld. 30 Pfennig. — Zahlungen nehmen sämtliche Postämter, Buchhändler und unter Nachnahme entgegen. — Neben Abnahme nach dem Verlage von Subscribers. —
Geschäftsstelle Halle-Saale: Leipziger Straße 61/62. Fernruf Central Nr. 7801, abends von 7 Uhr an Redaktion 6000 und 6101. — Druckerei-Telefon 2915/12.

Halle-Saale

Anzeigenpreis: Die Spaltenzeile 10 mm breit mit 10 Zeilen 10 Pfennig. — Die Spaltenzeile 10 mm breit mit 10 Zeilen 10 Pfennig. — Die Spaltenzeile 10 mm breit mit 10 Zeilen 10 Pfennig. —
Geschäftsstelle Berlin: Bernburger Str. 30. Fernruf 201. Karlsruher Str. 6240. Eigene Berliner 5-Briefleitung. — Verlag an Druck von O. S. Pfeil, Halle-Saale.

Donnerstag, 7. Februar 1924

Frankreich und die deutsche Note

Verstimmung in Paris

Der Wiederhall der deutschen Pfalznote in Frankreich

(Eigener Drahtbericht.)

Paris, 6. Februar.
Die deutsche Note ist in Frankreich in der Tat, wie heute von den Pariser Blättern ziemlich allgemein kommentiert. Einige Zeitungen machen sich die Mühe leicht, indem sie über die Tatsachen, die nicht zu leugnen sind, überhaupt nicht reden, und nur den Ton der Note angehen. Die erhebliche Opposition beschränkt sich auf die Abweigerung des Vorlautes und sagt hinter, daß sich die französische Regierung eine Antwort auf dieses peinliche Dokument hätte erwarten können, wenn sie bereits früher für Ordnung in der Pfalz getreten wäre.

Diese Auffassung wird auch in etwas abweichender Form in einem Artikel des „Echo de Paris“ ausgedrückt, in dem es heißt: „Die Note hat eine gewisse Bedeutung, weil sie Tonfall und bestimmte Sachmängel ist. Wenn in diesem Falle, wie bei den früheren Noten, das Schweigen eine genügende Antwort ist? Der Zweck des deutschen Wanders ist nicht ausschließlich: Frankreich erwidern über überhaupt nicht, wenn man seine Rechte in der Pfalz nicht zu verteidigen entschließen Verhandlungen weniger, oder wie antworten, dann heißt Deutschland, den diplomatischen Kampf auf einem Terrain führen zu können, das für das Reich günstig ist. Jeder mußten wir uns gefallen, daß wir selbst dieses Land erwidert haben, was wir unsere Politik unklar und unvollständig

gesehen ist. Wir konnten uns im Rückgriff einschließen und in dieser unbedingten Stellung eine Haltung einnehmen, welche die ganze republikanische Bewegung vollkommen ignorierte, oder wie konnten, wenn wir eine entsprechende Politik für richtig hielten, den Separatismus in der Pfalz unterdrücken, indem wir jedes Hindernis für diese Bewegung unterdrückten. Wir haben uns beiden Methoden geschickt, und jetzt will niemand an unsere Zurückhaltung glauben.
Wir haben uns keinen der Vorteile gefehlt, die von einem autonomen Rheinland erwartet werden dürfen, und es wird uns

nichts anderes übrigbleiben, als den diplomatischen Kampf auf dem von unseren Gegnern gewählten Terrain aufzunehmen.“

Die Restarbeit der Sachverständigen

(Eigener Drahtbericht.)
Berlin, 6. Februar.

Die erste Kommission Lawes prüfte am Mittwoch nachmittags den Bericht über die eigenen Güterabgabenverhältnisse. Die Kommission Lawes prüfte am Mittwoch nachmittags den Bericht über die eigenen Güterabgabenverhältnisse. Die Kommission Lawes prüfte am Mittwoch nachmittags den Bericht über die eigenen Güterabgabenverhältnisse.

Macdonald für ein entmilitarisiertes Rheinland?

London, 6. Februar.

Der diplomatische Berichterstatter des „Daily Telegraph“ schreibt, die angedeutete britische Regierung würde in der Sicherheitsfrage eher für eine dauernde Entmilitarisierung der Rheinlande unter internationaler oder einer Völkerbundgarantie sein als für einen besonderen englisch-französischen Pakt.

Kommunistenputsch in Pirmasens

Pirmasens, 6. Februar.

Die Kommunisten haben hier die Nacht von vorgestern auf gestern wurden in Pirmasens acht Einbruchsdiebstahls begangen.

Schleifung belgischer Forts

Brüssel, 6. Februar.

Das belgische Parlament beschloß gestern, die Forts der Festungen Antwerpen, Brüssel und Namur schleifen zu lassen.

Lebensfragen der deutschen Landwirtschaft

Die deutschen Bauernvereine und die Siedlungs- und Kultivierungsfrage

Berlin, 6. Februar.
Bei der diesjährigen Wintertagung der Verbände der 28 deutschen Bauernvereine wurde u. a. die Frage der Kultivierung und Siedlung eingehend erörtert. Nachstehende Entschlüsse wurden einstimmig angenommen:

„Die Vereinigung der deutschen Bauernvereine fordert eine planmäßige und sachverständige Siedlung, um in Deutschland mehr Menschen lebensfähig zu erhalten, die Lebensfrage zu lösen und das deutsche Volk an Körper und Geist zu gewinnen. Für die Siedlung kommen in erster Stelle kulturfähige Gebiete in Betracht, die einen Teil der Domänen in Frage. Die Siedlung erfolgt, muß in der Siedlung der Erfolg erzielt werden soll. Unter allen Umständen müssen die deutschen Bauernvereine es absehen, daß der Landwirtschaft eine neue Gesamtpolitik zur Lösung der Siedlungsfrage aufgegeben wird, zumal die vom Reich zum praktischen Erfolg haben kann.“

1. a. wurde die Beobachtung folgender Grundzüge gefordert: Für die Siedlung kommen in der Regel nur die Angehörigen der Bauernhand, in erster Linie abgehende Kinder und landwirtschaftliche Dienstboten in Betracht, weil diese mit der Siedlung am besten vertraut sind und sie in Zeiten der Not auf die stärksten Unterstützung ihrer ansässigen Verwandten rechnen können. Aufwendungen eines Landwirts für Kultivierungen sollen bei den Steuern als absetzbare Betriebsausgaben gelten. Die Siedlungsfrage aus den Kulturland müssen in der Siedlung am besten vertraut sein und sie in Zeiten der Not auf die stärksten Unterstützung ihrer ansässigen Verwandten rechnen können. Aufwendungen eines Landwirts für Kultivierungen sollen bei den Steuern als absetzbare Betriebsausgaben gelten.

„In der deutschen Landwirtschaft ist durch die Kriegs- und Nachkriegszeit das eigene Betriebskapital aufgebraucht, so daß zur Fortführung der Betriebe ein umfangreicher Kredit notwendig ist. Um hierzu die Möglichkeit zu schaffen und die durch den Währungsverlust eingetretene Güteramtlösung zu beheben, hat in erster Linie die deutsche Landwirtschaft durch Belastung ihrer Immobilien die Rentenmarkt geschaffen. Nun haben sich die Zinsen aber so erhöht, daß die Landwirtschaft die Kredite nicht mehr im Frieden, mit Entnahmen von 4 bis 1 Prozent arbeiten, sondern Aufschläge von 6 bis 20 Prozent berechnen, so daß das Geld zu einem Zinsfuß von 18 bis 20 Prozent an die Wirtschaft gelangt. Solche Zinsfüße müssen Zuerung und Arbeitslosigkeit zur Folge haben und jede Konsumkraftfähigkeit mit dem Auslande unähnlich machen. Da es sich mit um die wichtigste wirtschaftliche Frage des deutschen Volkes handelt, ersehen wir die Reichsregierung dringend, schnellst durch geeignete Maßnahmen dahin zu wirken, daß die Zinsfüße entsprechend herabgesetzt werden. Diese Forderung ist um so mehr berechtigt, als die Wirtschaft die Rentenmarkt nicht nur unentgeltlich zur Verfügung stellt, sondern neben der Wirtschaft noch einige Prozent ausahlt. Die Zahlung der Steuern wird für die Landwirtschaft bei den jetzigen Zinsfüßen geradezu unähnlich gemacht.“

Die Landwirtschaft zur Protokollbeschleunigung

(Eigener Drahtbericht.)
Berlin, 6. Februar.

Die Reichliche Landwirtschaftsminister hat vor dem Reichsausschuß des Reichstages zur Beratung liegenden Verhandlungen über Änderung der Zivilprozessordnung dem Reichsjustizminister eine ausführliche schriftliche Stellungnahme überreicht, in der es heißt:
„Soweit die beschriebenen Reformen hier bekannt geworden sind, dürften sie in dem Ausmaß, in dem sie in der Beratung eine hinreichende Stütze nicht finden, denn das Ermächtigungsgesetz sollte der Reichsregierung nur die Vollmacht für solche Maßnahmen geben, die unter Leitung der allgemeinen Verfassungsorgane dringende Erspürungen im Reichstagsministerium zum Gegenstand haben und im Verlaufe haben können. Nur soweit die Durchführung dieser Reformen einen Eingriff in Verfassungsbestimmungen unumgänglich macht dürfte eine Änderung der letzteren zuzulässig erscheinen. Die nunmehr geplante, das bisherige Zivilprozessgesetz

umfassende Reform stellt aber offenbar eine im Vordergrund stehende grundlegende Verfassungsänderung dar, gegen die vielleicht die zu erzielenden Erspürungen lediglich als Nebenfolge in den Hintergrund treten.

Eine derartige, in erster Linie als Verfassungsänderung erscheinende Reformierung wird durch das Ermächtigungsgesetz nicht geraten und kann nur im öffentlichen Gesetzgebungswege geregelt werden.

Im übrigen lassen die geplanten Verfassungsänderungen die parlamentarische Einwirkung der Landwirtschaflichen Bevölkerung völlig unberücksichtigt. Der in Schriftsachen und in Verhandlungsangelegenheiten, insbesondere in gerichtlichen Verfahren wenig bewanderte Landwirt ist nicht in der Lage, den Prozeßstoff so zu überlegen und zu sichten, daß er von vornherein alle Möglichkeiten, Einreden, Repliken und Weisensmaterial gleichzeitig vorbringen könnte. Erst der Lauf des Prozesses

läßt ihn vielfach darüber auf, was für Material aufzubringen noch notwendig erscheint. Der Landwirt bedarf mehr als der gewöhnliche Bürger der gutachtlichen Beratung seiner sachlichen Berufsvertreter, zu deren Anwaltsfunktion er sich recht, da sie meist weiter von seinem Recht entfernt sind, entscheidet, wenn er in der Verhandlung erkannt hat, daß die Auffassung dieser oder jener Partei noch richtig erscheint. Er wird, um sich über die Bedeutung macht einseitig eines etwaigen Beschlusses betreten zu lassen, die Unterbrechung bzw. öftere Begehung des Prozesses verhindern.

Bei den Verfahren der neuen Reformen wird der Bauer noch weniger wie bisher in der Lage sein, seinen Prozeß selbst vor Gericht zu vertreten, sondern auch in unähnlichen Fällen einen Anwalt nehmen, also sich und dem eventuell unterliegenden Gegner ebenfalls unähnliche Kosten machen müssen. Die Bedeutung des Landmanns des Landmanns im Prozeß, ferner das Offizialverfahren, d. h. die Übertragung der Prozeßführung auf den Richter unter Ausschluß der Einwirkung der Partei auf die Art der Weiterführung, steht im schärfsten Gegensatz zur Denkmäler und dem Rechtschaffenheit des Landmanns. Die Verfügung der Berufungstrift auf 14 Tage von der Urteilsverkündung an, ohne daß die Urteilsgründe vorliegen, wird

Hamburg als Tagungsort des Deutschen Bauerntages

Hamburg, 6. Februar.

Die vom Vorstand der Deutschen Bauernvereine mitgeteilt wird, daß dieser beschlossen, den diesjährigen Deutschen Bauerntag, der ursprünglich für München in Aussicht genommen war, während der Ausstellung der Deutschen Landwirtschaftsgesellschaft in Hamburg abzuhalten.

Vorläufig keine neuen Kohlenpreiserhöhungen

Berlin, 6. Februar.

In einigen Industriezweigen fürstet seit einigen Tagen die Nachricht, daß zum 1. März eine neue Kohlenpreiserhöhung um 10 Prozent stattfinden werde und daß verbunden mit dieser Preiserhöhung eine Senkung der Eisenbahnfrachten eintreten werde. Im Zusammenhang damit sind auch Nachrichten verbreitet, daß für die Eisenindustrie, besonders für die Maschinenfabriken Preiserhöhungen nach den Sechsen eintreten werden. Wie wir hierzu von zuverlässiger Stelle erfahren, ist mit einer weiteren Kohlenpreiserhöhung in absehbarer Zeit nicht zu rechnen, da auf dem Kohlenmarkt zunächst eine Stabilisierung eintreten müsse und da weitere Preiserhöhungen nicht tragbar erschienen. Verhandlungen, welche eine Reduzierung des Kohlenpreises eintreten, haben für den Winter zwischen den Sechsen und dem Reichsbahnenminister noch nicht stattgefunden und es wird als sehr zweifelhaft bezeichnet, ob für den März eine Senkung eintreten kann. Auf der anderen Seite hören wir, daß ohne grundsätzliche Kohlenpreiserhöhung auf Abschließung der Eisenbahnfrachten Senkung, doch ihren Entschluß der Eisenbahnminister Reichsbahnenminister noch nicht abschließen mit diesen Wünschen zu beschließen haben.

Die Reichsbahntarife

(Eigener Drahtbericht.)
Berlin, 6. Februar.

Der Reichsbahnenminister hat den hiesigen Ausschuß der Reichsbahnenverwaltung zu einer Sitzung am Mittwoch, den 20. Februar, vormittags 10 Uhr im großen Sitzungssaal des Reichsbahnen-Vorlesenshofes in Berlin berufen. Zur Beratung liegen den Reichsbahnenminister die Reichsbahntarife über die Wintererhöhung der Wintererhöhung, Erhöhung der Wintererhöhung und Mittelstellen über ein und vier

Kennerger
birge
tscham
Morgen-Ausgabe
räden
ng.
ng.
R. A. Kikel
Platz
ach,
r.
EN
KA
RALIEN
SCHER
E N
SCHER
Bureau
Deutsche
Kochgeschicht
Wochen-
Zeitung
wecke
Kochgeschicht
Wochen-
Zeitung
wecke

